

Begegnung von Politik und Religionsvertretern im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Christian Kern und Kanzleramts-Staatssekretärin Muna Duzdar hatten nach 1½ jähriger Pause am 21. März 2017 Vertreter aller in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften zum Gespräch ins Kanzleramt eingeladen. Anwesend waren neben Kardinal Christoph Schönborn auch der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker, der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) sowie Vertreter weiterer christlicher Kirchen, der Islamischen und der Alevitischen Glaubensgemeinschaft, der Israelitischen Kultusgemeinde, der Buddhisten u.a. Kern griff den unter seinem Vorgänger Werner Faymann institutionalisierten Dialog zwischen den Vertretern der Regierung und der Religionsgemeinschaften wieder auf und folgte damit auch einer Aufforderung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich zum Jahreswechsel.

Bundeskanzler Kern würdigte den Beitrag der Glaubensgemeinschaften zu einem friedvollen Miteinander in der Gesellschaft, gerade im sozial-humanitären Bereich – etwa in der Betreuung von Flüchtlingen – könne man deren Engagement „gar nicht hoch genug einschätzen“. Sorge bereite ihm, so Kern, die zunehmende Islam-Feindlichkeit im Land. Dies führe zur Frage, wie es dazu kommen konnte; die 600.000 Muslime in Österreich seien ein „wichtiger Teil der Gesellschaft“, die man nicht als „Bürger zweiter Klasse“ in ein Eck stellen dürfe. Freilich sind nach den Worten des Kanzlers auch die Muslime selbst gefordert, dazu beizutragen, dass nicht Ressentiments und Vorurteile geschürt werden. In diesem Zusammenhang bekannte er sich zu dem von seinem Kabinett beschlossenen Burkaverbot, denn Verhüllung mache es Frauen unmöglich, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Scharf verurteilte Kern extremistische Tendenzen im Islam wie etwa den Salafismus, den er für eine „faschistische Ideologie“ halte.

Zugleich erteilte Kern Vorstößen für eine Verbanung religiöser Symbole aus den Gerichtssälen eine Absage: Schon jetzt gebe es Bekleidungs-vorschriften, „die Debatte sollte hier Halt machen“. Kern bekannte sich zu Toleranz und Respekt als „Bauprinzipien“ auch des Verhältnisses

von Staat und Religionen. Klar sei, dass die Religionsfreiheit gesichert sein müsse, ebenso müsse gelten, dass Religion nicht über staatlichen Gesetzen stehen darf.

Lob von Kirchenvertretern für Religionsgipfel

Vielfalt – auch religiöse – schadet Österreich nicht, sondern tut dem Land gut. Andere Länder würden Österreich um das positive Klima zwischen den Religionen beneiden, dieses dürfe nicht gefährdet werden, betonte **Kardinal Schönborn**. Kritische Anfragen aneinander müssten erlaubt sein, aber es sei problematisch, wenn Religionen – wie derzeit vielfach der Islam – „pauschal schlecht gemacht“ würden. Der Kardinal verwahrte sich dagegen, Muslime mit Islamisten gleichzusetzen. Es gebe viele Menschen islamischen Glaubens im Land, die den auch der österreichischen Tradition entsprechenden Weg des respektvollen Miteinanders mitgehen wollen. Schönborn appellierte an die Medien, sich auch bei unleugbaren Problemen um eine differenzierte Betrachtung zu bemühen.

In Zeiten der fortschreitenden Säkularisierung und Pluralisierung sei ein intensiver und konkreter Dialog über oberflächliche Höflichkeiten hinweg umso wichtiger, sagte **Bischof Bünker**. Ähnlich positiv bilanzierte der **griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis)**, Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenzen: „Es freut mich sehr, dass die Politik den Dialog mit den Kirchen und Religionen sucht.“ Nachsatz: „Die Orthodoxe Kirche ist jederzeit zur Zusammenarbeit bereit.“ Ausdrücklich betonte er den notwendigen gemeinsamen Einsatz aller Kirchen und staatlichen Stellen gegen Extremismus und Fanatismus. Im Besonderen rief Kardamakis zudem zum Einsatz für die verfolgten Christen weltweit auf. Die Religionen seien zugleich herausgefordert, einhellig gegen jeden religiös verbrämten Radikalismus vorzugehen.

Ein besonderes Anliegen war dem Metropoliten zudem das Thema Bildung und hier wieder besonders der konfessionelle Religionsunterricht. Dieser sei nicht nur für die Kirchen und Religionsgemeinschaften, sondern für die ganze Gesellschaft von großer Bedeutung. Alle Entscheidungen dazu

sollten deshalb im guten Einvernehmen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften getroffen werden. Kardinal Schönborn verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die interreligiöse Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Die Kirchlich-Pädagogische Hochschule KPH Wien/Krems werde ökumenisch geführt und kooperiere auch

mit dem Judentum und Islam in Österreich beim Ziel, Religions- und andere Lehrer für den Pflichtschulbereich auszubilden. Dies sei getragen vom Anliegen, Religion „nicht als Konflikt-, sondern als Integrationsfaktor“ zu nützen.

Wien, 21./22.3.2017 (KAP)